

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Elvira Drobinski-Weiß, Willi Brase, Petra Crone, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
– Drucksache 17/9207 –**

Aussagekraft der Studie des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zur Verschwendung von Lebensmitteln

Vorbemerkung der Fragesteller

Die Verschwendung von Lebensmitteln ist in Deutschland, Europa und weltweit ein Problem mit großen sozialen, ökologischen und ethischen Folgen. Während in den armen Ländern dieser Welt viele Menschen hungern, werden bei uns auf jeder Stufe der Produktionskette vom Acker bis zum Teller Lebensmittel weggeworfen.

Zum Ausmaß der Verschwendung in Deutschland gibt es bisher keine belastbaren Daten. Bereits Ende 2010 hatte die zuständige Bundesministerin deshalb zugesagt, eine Studie in Auftrag zu geben.

Der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Deutschen Bundestages hat sich mehrfach mit dem Thema Lebensmittelverschwendung befasst. Im November 2011 wurde dort anlässlich der Beratung des Antrags der Fraktion der SPD „Strategie gegen Lebensmittelverschwendung entwickeln“ (Bundestagsdrucksache 17/7458) die Erarbeitung eines fraktionsübergreifenden Antrags und die Durchführung einer öffentlichen Anhörung vereinbart. Alle Fraktionen haben dies unterstützt und eine fraktionsübergreifende Initiative als der ethischen, sozialen und ökologischen Dimension des Themas angemessenes Signal begrüßt.

Die Ergebnisse der Studie sollten hierbei als Grundlage dienen. Nun liegt die Studie vor. Da sich die Vergabe immer wieder verzögert hatte, wurde sie in nur sechs Monaten erstellt. Die Autoren schränken die Aussagekraft der ermittelten Werte an mehreren Stellen der Studie ein.

Dazu einige Beispiele:

In der „Identifikation von Datenlücken und Forschungsbedarf“ (siehe Nummer 2.4 der Kurzfassung der Studie) heißt es, dass „oftmals keine gesicherten statistischen Daten zu den Abfällen“ vorliegen. „Es muss daher auf Kennzahlen aus der Literatur und anderen Methoden zur Erhebung, wie z. B. Sortieranalysen, zurückgegriffen werden.“

*** Wird nach Vorliegen der lektorierten Druckfassung durch diese ersetzt.**

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz vom 12. April 2012 übermittelt.

Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

In Nummer 2.3.3 „Handel“ heißt es: „Ergänzend zu den Berechnungen sollte zur Abschätzung der Lebensmittelabfälle im Handel eine direkte Befragung erfolgen. Nahezu alle Anfragen – sowohl bei Einzelhandelsunternehmen als auch beim Bundesverband – wurden jedoch mit dem Verweis auf eine bereits von der EHI Retail Institute GmbH veröffentlichte Studie beantwortet. Daher war es nicht möglich, zusätzliche Daten zu erhalten.“

Auch in Nummer 2.4.4 werden viele weitere Lücken der Studie durch die Autoren dargestellt. Beispielsweise heißt es, dass der „Anteil an Lebensmittelabfällen aus Haushalten in der Biotonne nur in Ansätzen vorhanden“ ist, dass „Daten zur Zusammensetzung der Lebensmittelabfälle (im Restmüll) nach Vermeidbarkeit nicht existent“ sind und dass die „Menge an Lebensmittelabfällen, die nicht ins kommunale Sammelsystem entsorgt werden, sondern eigenkompostiert, an Haustiere verfüttert oder in die Kanalisation eingebracht werden [...] nicht bekannt“ ist.

Vorbemerkung der Bundesregierung

Auf der Basis der Ergebnisse eines Expertengesprächs am 30. November 2010 im Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) zur Bedeutung und Abgrenzung einer Untersuchung zur Problematik der Lebensmittelabfälle in Deutschland hat die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) am 21. Januar 2011 im Auftrag des BMELV eine Bekanntmachung zur geplanten Förderung eines Forschungsvorhabens „Ermittlung der weggeworfenen Lebensmittelmengen und Vorschläge zur Verminderung der Wegwerfrate bei Lebensmitteln in Deutschland“ veröffentlicht. Förderanträge konnten hierzu bis zum 24. Februar 2011 beim Projektträger BLE eingereicht werden. Bereits die Bekanntmachung sah eine kurze Projektlaufzeit vor, damit die Bundesregierung aufbauend auf den Ergebnissen des Forschungsvorhabens möglichst kurzfristig in einen Dialog mit Akteuren aus Politik und Wirtschaft eintreten und gezielte Maßnahmen zur Eindämmung von Lebensmittelabfällen initiieren konnte.

Nach Bearbeitung der eingegangenen Förderanträge (Prüfung; Bewertung; Abstimmung mit BMELV; Benachrichtigung der abgelehnten Bewerber; Ablauf der Widerspruchsfrist für abgelehnte Bewerber) bewilligte die BLE am 30. Mai 2011 die Förderung des eingereichten Forschungsvorhabens der Universität Stuttgart – Institut für Siedlungswasserbau, Wassergüte und Abfallwirtschaft. Die Laufzeit des Projekts betrug insgesamt neun Monate.

1. Was hat die Bundesregierung dazu veranlasst, die Ergebnisse der Studie des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zur Lebensmittelverschwendung am Dienstag, dem 13. März 2012 auf einer kurzfristig anberaumten Pressekonferenz zu präsentieren, ohne die Ausschussmitglieder vorab zu unterrichten, wie dies der Parlamentarische Staatssekretär Peter Bleser in der Sitzung des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Deutschen Bundestages am 7. März 2012 zugesagt hatte?

Die Ergebnisse der Langfassung der Studie wurden wie ursprünglich vorgesehen im Rahmen der Konferenz „Zu gut für die Tonne – Strategien gegen die Lebensmittelverschwendung“ am 27. März 2012 in Berlin von dem Projektleiter, Prof. Dr. Kranert, vorgestellt. Das BMELV hat die Kurzfassung der Studie dem Sekretariat des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz vor der genannten Pressekonferenz übermittelt. Im Rahmen der Pressekonferenz wurden lediglich erste Ergebnisse aus der Kurzzusammenfassung der Studie der Universität Stuttgart kommuniziert sowie erste Schlussfolgerungen erörtert.

2. Warum wurden der Öffentlichkeit bereits konkrete Werte in Form von Charts und Grafiken präsentiert, obwohl bisher nur vage, unpräzise Resultate vorliegen und die Urheber der Studie weiteren Forschungsbedarf sehen?

Wann werden durch aktuelle Stichprobenüberprüfungen konkrete und verlässliche Werte eruiert, die dann ausschlaggebend für seriöse politische Handlungsempfehlungen genutzt werden können?

Die angesprochene Presseinformation am 13. März 2012 basiert auf der Kurzzusammenfassung der Studie der Universität Stuttgart, die ebenfalls an diesem Tag veröffentlicht wurde. In einem zusätzlichen Datenblatt für die Presse, das am selben Tag vom BMELV veröffentlicht wurde, wird neben den Ergebnissen der Studie auch die Methodik erläutert: „Die Abschätzung der Mengen resultiert aus Hochrechnungen von Informationen zum Abfallaufkommen in Deutschland und anderen europäischen Ländern sowie Nordamerika und berücksichtigt verschiedene Versorgungsbilanzen für Deutschland und Daten der Nationalen Verzehrstudie. Ergänzend wurden Befragungen und Stichproben durchgeführt.“

In dem Datenblatt für die Presse, das seit dem 13. März 2012 auch im Internet auf www.bmelv.de abrufbar ist, wird auch die Frage der Schwankungsbreiten erörtert: „In den einzelnen Abfallkategorien und Verwertungsstufen gibt es zum Teil große Schwankungsbreiten und damit erhebliche statistische Unsicherheiten und Lücken. In vielen Bereichen besteht Forschungsbedarf – besonders bei Industrie und Handel existieren Datenlücken, uneinheitliche Definitionen und oft auch unterschiedliche Messsysteme, die die Erhebung verlässlicher Zahlen erschweren. Deshalb kann derzeit jede Untersuchung, und sei sie noch so umfassend und gründlich, nur Schätzwerte liefern.“ Die Notwendigkeit weiterer Forschungen und vertiefter Untersuchungen hat Bundesministerin Ilse Aigner sowohl bei der Präsentation der Kurzfassung der Studie, als auch im Rahmen der Konferenz am 27. März 2012 gegenüber Vertretern aus Wirtschaft und Wissenschaft ausführlich thematisiert.

3. Auf welche fundierte Datengrundlage stützt sich die Aussage der Bundesregierung, wonach jeder Bundesbürger pro Jahr 81,6 Kilogramm Essen wegwirft?

Die Bundesregierung bezieht sich in ihrer Aussage auf die Ergebnisse, die die Universität Stuttgart im Rahmen ihrer umfangreichen Literaturanalyse sowie ihrer Schätzungen und Hochrechnungen auf der Basis der vorliegenden statistischen Erhebungen zum Abfallaufkommen für die Gruppe der privaten Haushalte ergänzt um eigene empirische Untersuchungen hierzu ermittelt hat.

Nähere Informationen zu der in der Studie verwandten Datengrundlage sowie zur Methodik der Ermittlung der Studienergebnisse sind dem Endbericht des Forschungsvorhabens, veröffentlicht unter www.ble.de/DE/09_Presse/Aktuelles/KampagneZuGutFuerDieTonne_Auftakt_120313.html, zu entnehmen. Für spezielle Fragen steht ferner der Projektnehmer des geförderten Forschungsvorhabens gerne zur Verfügung.

4. Mit welcher Begründung wurden nicht alle Stufen der Lebensmittelkette untersucht und mit der Landwirtschaft als erstem Glied der Kette ein wichtiger Bereich ausgespart?

Welche Vorhaben gibt es, um diese Informationslücke zu schließen?

Die Ermittlung der in der Urproduktion anfallenden, aber nicht als solche verwendeten Lebensmittelmengen wurde in der Studie ausgeklammert, da dies eine besondere Expertise sowie einen längeren Untersuchungszeitraum benötigt. Mit der Eingrenzung und Präzisierung des erforderlichen Forschungskonzepts ist bereits die Ressortforschung des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz beauftragt. Die gesonderte Untersuchung zur landwirtschaftlichen Urproduktion wurde so terminiert, dass die im Rahmen der Stuttgarter Studie gewonnenen Erkenntnisse mit einfließen können.

5. Inwieweit wurde berücksichtigt oder soll künftig untersucht werden, ob die Abnahmebedingungen des Handels die Problematik der Lebensmittelabfälle auf die Zulieferer verlagern?

Die Lebensmittelabfälle wurden grundsätzlich quantitativ auf den Stufen erfasst, auf denen sie jeweils anfielen. Als Abfälle des Handels wurden in der Studie folglich nur die Mengen erfasst, die dort unmittelbar als Bruch, Verderb, Retouren an Lebensmittelhersteller oder als Lieferung an Tafeln oder andere karitative Einrichtungen registriert bzw. geschätzt wurden. Sofern Lebensmittel den Handel erst gar nicht erreichten, weil sie Qualitätsanforderungen des Handels nicht erfüllten, wurden diese auf der Stufe der Verarbeitung erfasst bzw. sind diese zukünftig auf der Stufe der Urproduktion zu ermitteln. Mit der Frage nach Lebensmittelverlusten an den Schnittstellen der Lebensmittelkette befasste sich vertiefend die Fachhochschule Münster. Die Studie der Fachhochschule Münster wurde auf der Konferenz „Zu gut für die Tonne“ am 27. März 2012 vorgestellt und diskutiert.

Was zukünftige Untersuchungen anbelangt, sei im übrigen auf die Antwort zu Frage 3 verwiesen. Über das spezielle Design vertiefender Untersuchungen kann erst zu einem späteren Zeitpunkt im Rahmen der Präzisierung der Frage nach dem weiteren Forschungs- und Monitoringbedarf entschieden werden. Das BMELV plant hierzu in Kürze ein weiterführendes Expertengespräch.

6. Aus wie vielen Werten wurde der Median (siehe die Kurzfassung der Studie in Nummer 2.3.1) für die jährlichen Lebensmittelabfallmengen in Haushalten, bei Großverbrauchern und im Handel jeweils ermittelt?

Inwieweit kann diese Stichprobengröße als repräsentativ gelten?

Es wird auf die Antwort zu Frage 3 hingewiesen.

7. Wie viele weitere Werte lagen in der großen Spannweite der zwischen 210 000 Tonnen und 4 580 000 Tonnen in der Industrie anfallenden Lebensmittelabfälle?

Warum wurde trotz der massiven Spannweite zwischen Minimal- und Maximalwert ein Medianwert in Höhe von 1 850 000 Tonnen zu Grunde gelegt?

Ist dieser Wert statistisch ausreichend gesichert?

Es wird auf die Antwort zu Frage 3 hingewiesen.

8. Wie viele direkte Stichproben liegen der Studie überhaupt zugrunde?
Wurden die herausgearbeiteten Werte jeweils mit Hilfe von Stichproben validiert?
Wenn nicht, wo war dies nicht der Fall?

Es wird auf die Antwort zu Frage 3 hingewiesen.

9. Welche Gründe gibt es nach Auffassung der Bundesregierung für die geringe Rücklaufquote bei den Erhebungsbögen, die an Fachverbände und an Unternehmen der Lebensmittelindustrie verteilt wurden?
11. Welche Gründe gibt es nach Auffassung der Bundesregierung dafür, dass die beim Handel in Ergänzung zu den Berechnungen durchgeführte direkte Befragung nahezu ausnahmslos mit dem Verweis auf eine bereits von der EHI Retail Institute GmbH veröffentlichte Studie beantwortet wurde und somit die Erhebung zusätzlicher Daten verhindert wurde?

Die Fragen 9 und 11 werden zusammen beantwortet.

Die Gründe für die geringe Rücklaufquote der in der Studie versandten Datenerhebungsbögen zur Ermittlung der Lebensmittelabfälle in der Lebensmittelindustrie sind der Bundesregierung nicht umfassend bekannt. Als Gründe wurden von einzelnen Unternehmen laut Studie angegeben, dass die Unternehmen entweder wegen einer Vielzahl von Anfragen generell nicht an Umfragen teilnehmen, sich aus personaltechnischen oder zeitlichen Gründen nicht beteiligen könnten, keine Lebensmittelabfälle generierten bzw. diese Abfallmengen so gering seien, dass die betroffenen Unternehmen die gewünschten Daten nicht erheben könnten.

Was empirische Untersuchungen im Bereich des Handels anbelangt, so wurden direkte Anfragen bei relevanten Akteuren regelmäßig mit dem Verweis auf die jüngsten Erhebungen des EHI Retail Institute GmbH (EHI) von September 2011 beantwortet. Die speziellen Gründe hierfür konnten im Rahmen der Untersuchung nicht erfasst werden. Der Einschätzung des Projektnehmers zu Folge sind die Untersuchungen des EHI die aussagekräftigsten Ergebnisse, die derzeit für den deutschen Lebensmitteleinzelhandel vorliegen.

10. Inwieweit können mangels quantitativ erfassbarer Ergebnisse in den qualitativen Befragungen die ermittelten Werte als objektive und unabhängige Zahlen betrachtet werden?

Es wird auf die Antwort zu Frage 2 verwiesen.

12. Was wird die Bundesregierung unternehmen, um die Kooperationsbereitschaft der genannten Akteure bei der Bekämpfung der Lebensmittelverschwendung zu erhöhen und die Erhebung der benötigten zusätzlichen Daten aus Lebensmittelindustrie und Handel zu ermöglichen?
Ist nach Auffassung der Bundesregierung der Kooperationsbereitschaft des Handels mit der Verteilung von Informationsblättern zum Mindesthaltbarkeitsdatum Genüge getan?

Die Studie zeigt sehr deutlich: Lebensmittelabfälle fallen entlang der gesamten Wertschöpfungskette an. Die Ursachen sind so vielfältig wie die einzelnen Produkte und Produktions- und Vertriebsprozesse. Daher ist es auch unabdingbar, dass alle Wirtschaftsakteure in den Bereichen, die sie gestalten, beeinflussen und optimieren können, sich ihrer Verantwortung und der Diskussion stellen,

und wo notwendig, Konzepte zur Vermeidung von Lebensmittelabfällen entwickeln und umsetzen. Nachhaltiges Wirtschaften fordert auch eine Vermeidung von Lebensmittelabfällen, wo dies möglich und mit vertretbarem Aufwand erreichbar ist.

Im Rahmen der o. g. Konferenz am 27. März 2012 hat Bundesministerin Ilse Aigner aufgezeigt, in welchen Bereichen die Bundesregierung bereits Initiative entfaltet hat und welche weiteren Schritte Bundesministerin Ilse Aigner plant. Zur Umsetzung dieser Initiativen sind in den kommenden Wochen weiterführende Gespräche des BMELV mit Experten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verbänden sowie den Ressorts vorgesehen, um über die spezielle Gestaltung von geeigneten Instrumenten (u. a. auch Monitoringinstrumente, siehe auch Antwort zu Frage 5) zur Vermeidung von Lebensmittelabfällen auf den verschiedenen Wertschöpfungsstufen zu beraten.

Auch mit dem Handel sollen diesbezügliche Gespräche stattfinden. Neben der Aufklärungsarbeit zum Mindesthaltbarkeitsdatum (MHD) wird das BMELV in den anstehenden Gesprächen mit den beteiligten Wirtschaftsverbänden diese auch um Überprüfung und ggf. Vereinheitlichung der Kriterien und Modalitäten in bestimmten Fällen bitten, die derzeit in der Praxis der Lebensmittelwirtschaft zur Festlegung des MHD herangezogen werden.

elektronische Vorab-Fassung*

elektronische Vorab-Fassung*

elektronische Vorab-Fassung*